



Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus

Dr. med. Josef Assal  
Mitglied des Stadtrates  
der Landeshauptstadt  
München

München, den 7. März 2014

## **Hebammen vor dem Aus Jetzt Hebammen retten !**

### **Antrag:**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert den Gesundheitsminister zu bitten den Plan einer nicht mehr bezahlbare Erhöhung der Haftpflichtversicherung für Hebammen umgehend zu stoppen.

### **Begründung:**

Als Begründung zitiere ich den Inhalt von Hilfeschreie von Hebammen: Die Lage der Geburtshilfe in Deutschland spitzt sich dramatisch zu, denn ab Sommer 2015 haben Hebammen in Deutschland keine Haftpflichtversicherung mehr (Quelle: DHV). "Für die Hebammen bedeutet dies das berufliche Aus, denn ohne Versicherung dürfen sie nicht arbeiten" sagt die Hebamme. Deswegen hat die Mutter eine Petition an Gesundheitsminister Gröhe gestartet, die in den letzten 72 Stunden mehr als 192.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützen. "Wir müssen JETZT handeln, damit unsere Kinder auch in Zukunft sicher zur Welt kommen. Ab Sommer 2015 haben Hebammen in Deutschland keine Haftpflichtversicherung mehr. Für die Hebammen bedeutet dies das BERUFLICHE AUS, denn ohne Versicherung dürfen sie nicht arbeiten. Am 27. März 2014 ist Gesundheitsminister Gröhe 100 Tage im Amt. Im Koalitionsvertrag wurde dank einer großen Kampagne auf Change.org die Sicherung "einer angemessenen Vergütung" von Hebammen festgeschrieben. Jetzt reden wir nicht mehr nur von "Vergütung". Wir reden von der Existenz der Hebammen! Wieso ich mich als Elternteil engagiere? Nun... Ich habe vor einem Jahr in einem Geburtshaus unsere Tochter geboren.

Meine Hebamme war vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit nur für mich da und ich spüre bis heute eine tiefe Verbundenheit und Dankbarkeit gegenüber dieser wunderbaren Frau. Ich freute mich sehr über die wohnliche Nähe zum Geburtshaus und auf eine zweite Geburt dort. Doch das Geburtshaus hat inzwischen nach 12jährigem Bestehen geschlossen. Nicht nur die Geburtshäuser schließen, es finden sich auch immer weniger Beleghebammen, die Krankenhausgeburten begleiten. Grund: In Deutschland als Hebamme zu arbeiten, ist unwirtschaftlich. Hebammen sind per Gesetz dazu verpflichtet eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. 2004 zahlten sie noch 500 Euro Haftpflichtprämie im Jahr. In den letzten zehn Jahren sind die Kosten um das Zehnfache gestiegen. Bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von 8

Euro lohnt es sich nicht mehr, Geburtshilfe anzubieten. Seit 2010 haben sich ungefähr 20 Prozent der Hebammen aus der Geburtshilfe verabschiedet. Für werdende Familien bedeutet das: Ihre Grundversorgung wird nicht mehr flächendeckend gewährleistet, das Menschenrecht auf freie Wahl des Geburtsortes verletzt.

Im Juli 2014 soll die Haftpflichtprämie für Hebammen erneut um 20 Prozent erhöht werden. Ganz aktuell haben wir erfahren, dass es für Hebammen ab 1.7.2015 keinen Versicherer innerhalb der Verbände geben wird, wodurch nur noch die Allianz übrig bleibt, die jetzt schon unbezahlbar ist und zu der auch nur die Hebammen wechseln dürften, die schadensfrei sind. Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt!

Die Hebammen in den Kliniken und insbesondere die Beleghebammen arbeiten ebenfalls unter widrigen Bedingungen, was in der Diskussion um die außerklinische Geburtshilfe unterzugehen droht. Unsere Sorge gilt ALLEN Hebammen, die sich für uns Frauen, für eine 1:1-Betreuung und eine natürliche Geburt stark machen.

Wir fordern Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hiermit auf, das Koalitionsversprechen zu halten und bis dahin eine Lösung für die Haftpflichtproblematik zu finden. Sie muss für alle Hebammen und Geburtshäuser tragfähig sein, damit Frauen und Familien ihr Menschenrecht auf freie Wahl des Geburtsortes wahrnehmen können und eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe gewährleistet ist.

Der Deutsche Hebammenverband e.V. hat 2010 die erste Petition ins Rollen gebracht.

2013 ist schließlich hat die Hebamme als Mutter den nächsten großen Schritt gegangen, indem sie durch ihre Online-Petition auf die weiterhin bestehenden Missstände

aufmerksam gemacht hat und die Politiker mit Hilfe tausender Unterschriften dazu

bewegte, die Hebammensituation in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.

Jetzt geht es darum, unsere Vertreter in der Politik beim Wort zu nehmen !“

Dr. med. Josef Assal  
Stadtrat